



KONFERENZ DER KANTONSREGIERUNGEN
CONFERENCE DES GOUVERNEMENTS CANTONAUX
CONFERENZA DEI GOVERNI CANTONALI
CONFERENZA DA LAS REGENZAS CHANTUNALAS

An die Medien

Ausserordentliche Plenarversammlung der KdK vom 17. September 2004

Zustimmung zum Abkommen über die Personenfreizügigkeit

In Anwesenheit von Bundesrätin Micheline Calmy-Rey hat die Plenarversammlung der KdK eine gemeinsame Stellungnahme der Kantone zum vom Bundesrat unterbreiteten Zusatzprotokoll zum Abkommen mit der EU über die Personenfreizügigkeit verabschiedet. Die Kantone haben bereits im Rahmen der Bilateralen I den Abschluss des Freizügigkeitsabkommens unterstützt. Sie äusseren sich auch positiv zum Mandatsentwurf betreffend die Ausweitung des Abkommens auf die neuen Mitgliedstaaten und wiesen dabei auch auf den volkswirtschaftlichen Nutzen der Personenfreizügigkeit hin.

Die Kantone teilen die Auffassung des Bundesrates, dass die grossen Wachstumsmärkte in Mittel- und Osteuropa, die vor allem Konsummärkte, aber auch Arbeitsmärkte mit gut bis sehr gut qualifizierten Arbeitskräften sind, vielerlei Chancen auch für die Schweiz bieten. Neben diesen Vorteilen für die schweizerische Wirtschaft – sei es in der Schweiz, sei es in den neuen EU-Mitgliedstaaten - öffnen sich die Arbeitsmärkte der neuen EU-Mitgliedstaaten auch für schweizerische Staatsangehörige.

Die Kantone begrüssen es, dass das erzielte Verhandlungsergebnis der Schweiz eine insgesamt gleichwertige Übergangsregelung ermöglicht, wie sie auch zwischen den alten und den neuen EU-Mitgliedstaaten vereinbart wurde. Gleichzeitig konnten aber auch im bestehenden Freizügigkeitsabkommen enthaltene, darüber hinaus gehende Regelungen, wie zum Beispiel die so genannte Ventilklausel, auch im Verhältnis zu den neuen EU-Mitgliedern beibehalten werden.

Zu den flankierenden Massnahmen hat die Konferenz der Kantonsregierungen keine konsolidierte Stellungnahme der Kantone abgegeben.

Bern, 17. September 2004

Weitere Auskünfte erteilen:

- Staatsrat Luigi Pedrazzini, Präsident KdK (Tel. 091 814 44 90)
- Regierungsrat Markus Nötter, Präsident Europakommission KdK (Tel. 043 259 25 01)
- Canisius Braun, Sekretär KdK (Tel. 031 320 30 00 / 079 456 92 92)